

einen wichtigen Beitrag zur Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa dar (—► *europäische Sicherheit*). Ausgehend von seinen Festlegungen und auf der Grundlage eines Protokolls vom 14.3. 1974 über die Errichtung der Ständigen Vertretungen der DDR und der BRD mit gleichen Rechten wie Botschaften, haben im Jahre 1974 diese Ständigen Vertretungen ihre Tätigkeit aufgenommen. Ihre Leiter wurden bei den Staatsoberhäuptern in der DDR bzw. in der BRD akkreditiert. Es wurden u. a. Abkommen über die Beziehungen auf dem Gebiet des Gesundheitswesens, des Post- und Fernmeldewesens, Vereinbarungen über die Regelung des nichtkommerziellen Zahlungsverkehrs, Vereinbarungen über den grenzüberschreitenden Braunkohleabbau, ein Protokoll über die Regelung der Sportbeziehungen und ein Protokoll über die Neufestlegung der Transitgebührenpauschale abgeschlossen. Vorschläge der DDR führten im Dez. 1975 und im Nov. 1978 sowie im Apr. 1980 zu Vereinbarungen über Verkehrs- und andere Fragen. Im Dez. 1979 Unterzeichneten beide Seiten ein Abkommen über die Zusammenarbeit im Veterinärwesen. Seit 1973 ist eine Grenzkommission aus Beauftragten der Regierungen der DDR und der BRD tätig. Als Hauptergebnis ihrer Tätigkeit wurde am 29. 11. 1978 ein völkerrechtlichen Charakter tragendes Protokoll zwischen der Regierung der DDR und der Regierung der BRD über die Überprüfung, Erneuerung und Ergänzung der Markierung der Staatsgrenze zwischen der DDR und der BRD unterzeichnet. Das Regierungsprotokoll sowie die dazugehörige Grenzdokumentation u. a. Dokumente bekräftigten die Unverletzlichkeit der Grenze und ihren Charakter als Grenze zwischen souveränen Staaten und festigten dadurch die europäische Sicherheit. Auch die politischen Kontakte

zwischen den Regierungen beider Staaten erweiterten sich. Ein positiver Beitrag zum Entspannungsprozeß war das Treffen zwischen dem Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR mit dem Bundeskanzler der BRD im Dez. 1981 am Werbelinsee. Es bestätigte, daß der Dialog zwischen Repräsentanten von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung gerade in Zeiten internationaler Zuspitzung nützlich und vorteilhaft für den Frieden ist. Stets davon ausgehend, daß die Entwicklung normaler Beziehungen zwischen der DDR und der BRD auf der Grundlage der Prinzipien der friedlichen Koexistenz nicht nur für beide deutsche Staaten, sondern darüber hinaus für die Gesamtsituation in Europa beträchtliche Bedeutung besitzt und zur Verbesserung des politischen Klimas beiträgt; und entsprechend ihrer nationalen und internationalen Verpflichtung, alles zu tun, daß von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgeht, wurde auf Initiative der DDR trotz entspannungsfeindlicher und neorevanchistischer Ppsitionen in der BRD eine gewisse Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Staaten erreicht. Revanchistische Doktrinen vom angeblichen »Fortbestehen des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937« oder die Anmaßung, »für alle Deutschen zu sprechen«, von denen sich bestimmte Kreise in der BRD noch immer nicht getrennt haben, mißachteten unter Verletzung des V. die Souveränität der DDR und stehen im direkten Widerspruch zur Normalisierung der Beziehungen und zur guten Nachbarschaft zwischen beiden Staaten. Es geht darum, von seiten der BRD die Staatsbürgerschaft der DDR zu respektieren. Nationalistische und antikommunistische Hetz- und Verleumdungskampagnen gegen die sozialistische Gesellschaftsordnung in der DDR sowie ideologische Diver-